

E 5604

Bund der  
Strafvollzugsbediensteten  
Deutschlands (BSBD)

Fachzeitschrift  
für die Bediensteten des  
Justizvollzugs

# DER VOLLZUGS- DIENST



**Weihnachten im Strafvollzug um 1920**

Lesen Sie im Facheil dieser Ausgabe - Teil 3:

**Nachsorgeprojekt Chance –  
kein „Entlassungsloch“ für junge Straftlassene**

**6**

Dezember 2008

Tarifrunde und Besoldungsanpassung 2009

## Ist das Tal der Tränen endlich durchschritten?

**S**orgenvoll blicken die Beschäftigten den Tarifverhandlungen für den Bereich der Länder entgegen. Auch das Arbeitsheer der beamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesländer wartet auf die längst überfällige Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Die Sorgen der Betroffenen finden durch die sich von Monat zu Monat verschlechternden Prognosen der Wirtschaftsinstitute reichlich Nahrung. Nach einem seit 2001 anhaltenden Konjunkturoch ist die amerikanische Spekulationsblase jetzt geplatzt. Eine Krise der Weltwirtschaft, die mit der der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts verglichen werden muss, ist die unausweichliche Folge. Die konzeptlose Reaktion der Bush-Regierung hat ein Übriges getan, die Lage zusätzlich zu verschärfen. Der von Insidern nicht für möglich gehaltene Bankrott der Investmentbank Lehman Brothers Inc. hat die Banken zur Kreditverweigerung veranlasst und die Situation nochmals kompliziert. Was der amerikanische Finanzminister Henry Paulson durch sein Zuwarten bei der Lehman-Pleite angerichtet hat, muss jetzt mit horrenden staatlichen Bürgschaften aufgefangen werden, mit welchem Erfolg auch immer.

Alle Augen der Wirtschaftsakteure richten sich auf den designierten amerikanischen Präsidenten **Barack Obama**. Von ihm wird nichts weniger als die Überwindung der gegenwärtigen Krise der Weltwirtschaft erwartet. Milliardär und Hedgefonds-Manager **George Soros**, 78, gibt sich in einem Interview mit „Der Spiegel“ keinen Illusionen hin: „Die amerikanische Regierung

hat nicht erkannt, dass es nach der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers zum Herzstillstand kommen würde. Die Wirtschaft ist abgestürzt, nun liegen die Toten am Boden.“

### Kollaps der Finanzmärkte vermeiden!

**Soros** erwartet von der künftigen Regierung Obama nicht die Rettung der Banken, der Autokonzerne oder die Ankerbelung der Konjunktur, doch setzt er auf die neue Regierung, wenn es um die Rettung der Finanzmärkte geht: „Wir werden (im Vergleich zur Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre) den totalen Kollaps der Finanzmärkte diesmal nicht zulassen. Wir werden alles Geld der Welt ausgeben, um das zu verhindern.“

Einen Tipp hat der US-Spekulant für den neuen Präsidenten parat. Wenn **Barack Obama** weise sei, dann arbeite er mit China zusammen, um die Weltwirtschaftskrise für alle positiv zu lösen. Tue er dies nicht, werde dies zu einer globalen Depression führen, denn Amerika könne aus eigener Kraft den Schaden nicht beseitigen, den es angerichtet habe.

**Diese missliche Entwicklung trifft den öffentlichen Dienst der Bundesländer zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt.** Selbst in Zeiten des Booms sind keine bestandswahrenden Einkommensverbesserungen im öffentlichen Dienst erzielt worden. Seit 2003 hat die Politik die öffentlich Beschäftigten vielmehr unausgesetzt zur Haushaltskonsolidierung herangezogen. In den einzelnen Besoldungsgruppen waren Gehaltseinbußen von 13,5 bis 22,5 Prozent in den Bundesländern keine Seltenheit. **Einen solchen Sparbeitrag zur Verbesserung der Haushaltslage hat seit Bestehen der Bundesrepublik noch keine Bevölkerungsgruppe leisten müssen.** Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind damit zum „Hauptopfer“ der Haushaltskonsolidierung geworden. Gleichzeitig waren die Kolleginnen und Kollegen hohen Preissteigerungen ausgesetzt. Wäre der Preis für Erdöl im Zuge der

Wirtschaftskrise in den letzten Wochen nicht wieder gefallen, sähe die Lage noch dramatischer aus.

### „Schluck aus der Pulle“ ist das Gebot der Stunde

Für die bevorstehende Tarifrunde werden die Gewerkschaften ihre Kräfte abermals bündeln, um der **Tarifgemeinschaft deutscher Länder** (TDL) unmissverständlich zu signalisieren, dass der Langmut der öffentlich Beschäftigten endgültig erschöpft ist.

„Jetzt ist der berühmte ‚Schluck aus der Pulle‘ erforderlich, damit die Einkommens Kürzungen der vergangenen Jahre teilweise kompensiert und aufgefangen werden können“, so **BSBD-Chef Klaus Jäckel**. Und weiter: „Viele Beschäftigte haben in den zurückliegenden Jahren mit jedem Cent rechnen müssen, um ihre Familien über die Runden zu bringen. Als Angehörige der bundesdeutschen Mittelschicht zählen sie zu den Leistungsträgern der Gesellschaft. Anstatt die finanziellen



Von Barack Obama, dem designierten US-Präsidenten, wird nicht weniger erwartet als die Banken und die Automobilindustrie zu retten und die schwächelnde Konjunktur in Schwung zu bringen. Es bleibt für uns alle zu hoffen, dass er sich dieser Aufgabe als gewachsen erweist.



**George Soros ist stolz darauf, ein erfolgreicher Spekulant zu sein. Moralische Skrupel, mit an dem großen Rad gedreht zu haben, plagen ihn nicht, weil er sich an Regeln gehalten haben will. In letzter Konsequenz investiere er in die Einschätzung künftiger Entwicklungen. Investitionen seien in dieser Hinsicht auch nichts anderes als erfolgreiche Spekulationen.**

Belastungen zu begrenzen, damit etwas mehr Netto vom Brutto bleibt, werden gerade diese Kolleginnen und Kollegen erheblichen Risiken des sozialen Abstiegs ausgesetzt. **Den Kolleginnen und Kollegen ist, das muss immer wieder in kollektive Bewusstsein gehoben werden, nicht nur der Ausgleich der Inflationsraten vorenthalten worden, ihnen wurden Reallohnkürzungen zugemutet, die in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel ist“.**

Die **dbb-Tarifunion** hat für die bevorstehende Tarifrunde die Karten auf den Tisch gelegt und geht mit einer **Forderung** nach einer **linearen Gehaltserhöhung von 8 Prozent** in die Verhandlungen. Die Gewerkschaft orientiert sich dabei an den Ta-

rifabschlüssen der Privatwirtschaft, die im Laufe dieses Jahres abgeschlossen worden sind. Zusätzlich enthält die Forderung eine **Komponente zum Ausgleich der eingetretenen Einkommensrückstände**. Man will sich keinesfalls mit der sich abschwächenden konjunkturellen Lage, die seitens der Arbeitgeber mit Sicherheit ins Spiel gebracht werden wird, abspesen lassen. Die einseitigen Sparopfer des öffentlichen Dienstes hat dieser schließlich nicht selbst angeboten, sie sind ihm vielmehr durch die Politik aufgezwungen worden.

Bislang hat der öffentliche Dienst im Gegensatz zu allen anderen Bevölkerungsgruppen keinen Anteil an den prosperierenden Jahren des konjunkturellen Aufschwungs erhalten. Jetzt, wo die wirtschaftliche Rezession droht, werden sich die Kolleginnen und Kollegen nicht einfach mit einem Almosen abspesen lassen. **Ein einigungsfähiges Ergebnis der Verhandlungen wird sich mindestens an dem Tarifrabschluss für Bund und Kommunen vom Anfang des Jahres orientieren müssen, der für eine Laufzeit von zwei Jahren Einkommensverbesserungen in einer Größenordnung von 8,3 Prozent vorsieht.**

Neben einem Sockelbetrag von monatlich 50 Euro sah dieser Abschluss eine lineare Erhöhung von 3,1 Prozent ab 01. Januar 2008 vor. Ab 01. Januar 2009 wird eine weitere lineare Anpassung in Höhe von 2,8 Prozent und eine Einmalzahlung von 225 Euro erfolgen. Die Kolleginnen und Kollegen gehen selbstverständlich davon aus, **dass ein Abschluss unterhalb dieses Tarifergebnisses nicht einigungsfähig ist.** Besonders für die Angehörigen der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes sind die Erhöhungen bei Preisen und Abgaben



Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werden sich in der Tarifrunde nicht mit Almosen abspesen lassen. Sie verlangen endlich wieder die Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Sie sind kampfbereit und werden für die Erreichung dieses Ziel mit vollem Einsatz kämpfen.

eine hohe Belastung. Mit einem Einkommen allein ist eine Familie kaum mehr zu finanzieren, sodass weitere Familienmitglieder gezwungen sind, finanziell zum Unterhalt beizutragen. Dies trifft im Bereich des Strafvollzuges vorrangig jene Kolleginnen und Kollegen, die unter den Bedingungen des Schichtdienstes großen körperlichen und psychischen Einsatz bringen, um die Sicherheit der Allgemeinheit zu gewährleisten. **Es geht folglich bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen auch darum, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Bundesländern ein Stück Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.**

**Den öffentlichen Arbeitgebern stände es gut zu Gesicht, bei den Verhandlungen möglichst kurzfristig ein einigungsfähiges Angebot vorzulegen, damit der konjunkturelle Abschwung, der 2009**

**seine negativen Wirkungen entfalten wird, nicht noch durch Streiks verschärft wird. Denn über eines sollte sich die Arbeitgeberseite keinen Illusionen hingeben: Die Kolleginnen und Kollegen sind fest entschlossen, eine angemessene Teilhabe an der Einkommensentwicklung auch mit Arbeitskämpfmaßnahmen durchzusetzen. Und ein Weiteres sollte ebenso klar sein. Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers wird an seiner Zusage von Anfang des Jahres gemessen werden, dass das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich auf den Beamtenbereich übertragen wird. Jedes noch so geringe Abweichen von dieser politischen Position würde unweigerlich dazu führen, dass die Kolleginnen und Kollegen die 2010 anstehende Landtagswahl zum „Zahltag“ machen würden.**

## Der Kommentar von Wilhelm Bokermann

Rück- und Ausblick:

**Tarif- und Besoldungserhöhungen trotz beginnender Rezession unverzichtbar**

### „Schöne Bescherung...!“



**E**in Kapitel Krisengeschichte geht zu Ende“, so kommentierte die Financial Times Deutschland (FTD) am 21. August 2008 die Übernahme der Aktien der angeschlagenen Mittelstandsbank IKB (Deutsche Industriebank AG) durch den amerikanischen Finanzinvestor Lone Star. Unmittelbar zuvor hatte die staatliche Förderbank KfW (vormals Kreditanstalt für Wiederaufbau) noch ihr Aktienpaket an der IKB für 1,25 Mrd. Euro von 45,5 auf 90,8 Prozent aufgestockt, um den drohenden Bankrott zu vermeiden. Für die Übernahme des Aktienpaketes durch Lone Star erlöste die KfW dann gerade einmal 100 Mio. Euro. Mit der Lone Star trat ein Unternehmen als „Retter in der Not“ auf, das noch vor Monaten zu den sogenannten Heuschrecken gezählt wurde. Das desaströse IKB-Engagement in US-Immobilien – übrigens seit 2001 – kostete die KfW, die deutsche Kreditwirtschaft und den Bund rund 10 Mrd. (!) Euro. Der FDP-Haushaltspolitiker und Fraktionsgeschäftsführer im Deutschen Bundestag, **Jürgen Koppelin**, stellte hierzu fest, dass der deutsche Steuerzahler direkt und indirekt mit diesen und weiteren Milliarden-Beträgen belastet werde. In einem irrte die Financial Times allerdings: Es war nicht etwa ein Kapitel Krisengeschichte zu Ende gegangen, vielmehr war der Korken aus der Flasche mit Namen „Verbriefung amerikanischer Immobilienkredite mit unterschiedlicher Sicherheit“ explosionsartig an die Decke der deutschen und internationalen Finanzwirtschaft geknallt. Und auch die WestLB AG mit Sitz in Düsseldorf und Münster war und ist von dieser Entwicklung in einer existenzbedrohenden Weise betroffen.

### Westdeutsche Landesbank „im Sinkflug“

Laut Wikipedia – der freien Enzyklopädie –

betreibt die WestLB in der Rechtsform einer AG das Wettbewerbsgeschäft als international tätige Geschäftsbank und als Zentralbank der rheinischen und westfäli-

schen Sparkassen. **Auch hier hatte man sich kräftig „verzockt“**, was in 2007 zur Ablösung des Vorstandsvorsitzenden führte – mehr aber auch nicht. Um die

Bank jedenfalls vor der Pleite zu bewahren, musste das Land NRW als bedeutendster Anteilseigner gemeinsam mit den Sparkassen- und Giroverbänden zur Abdeckung der zunächst erkennbaren Verluste einen „Risiko-Schirm“ von 2 Mrd. Euro aufspannen, der kurze Zeit später um weitere 3 Mrd. auf **insgesamt 5 Mrd. Euro (!)** erweitert werden musste.

Die bereits seit 2007 angestellten Fusionsüberlegungen mit leistungsstärkeren Landesbanken sind derzeit vom Tisch, weil es der „Braut WestLB“ einfach an Reizen fehlt. Etwa 1.300 bis 1.500 Arbeitsplätze werden abgebaut. **Die Zukunft der WestLB AG ist ungewiss und das trotz des tiefen Griffs in den Steuersäckel.** Der brave Steuerzahler fragt sich indes, ob die **Kontrollgremien**, der Verwaltungsrat und die Bankenaufsicht, einfach so **ungeschoren davon kommen?** Die Regierung **Rüttgers** für die Bankpleite allein verantwortlich machen zu wollen, wäre allerdings wenig fair. So stammt die Mehrzahl der „faulen Kreditgeschäfte“ offenbar aus der Zeit vor dem Regierungswechsel 2005.



**Alan Greenspan, ein entzauberter Finanzguru steht vor den Scherben seiner verfehlten Geldpolitik, mit der er die Weltwirtschaft in die schlimmste Krise seit den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts stürzte.**

Wie ist es aber um die wirtschaftliche Entwicklung – und damit auch um die **Sicherheit der Arbeitsplätze** – in unserem Land bestellt? Offenbar nicht gerade rosig. Das Münchener **ifo-Institut** hat im November 2008 den NRW.BANK.ifo-Index vorgelegt. Danach beurteilen die Unternehmen in NRW ihre aktuelle Lage wesentlich ungünstiger als noch im Oktober. Und hinsichtlich der für die nächsten 6 Monate erwarteten Entwicklung haben sich die NRW-Unternehmer noch skeptischer als zuletzt geäußert.

Dass es zwischenzeitlich auch die **Bayerische Landesbank** „erwischt“ hat, ist kaum tröstlich. Der dort jetzt aufgespannte „Risiko-Schirm“ kostet den bayerischen Steuerzahler zunächst 10 Mrd. Euro. Ende offen. Da hilft es wenig, wenn der ehemalige Bayerische Finanzminister **Prof.**

**Dr. Kurt Falthäuser** jüngst erklärte: **„Ich ärgere mich maßlos, dass ich dem Heer der blinden Lemminge gefolgt bin, die die Immobiliengeschäfte als völlig risikolos eingeschätzt haben“.** Für einen – wenn auch ehemaligen – Spitzenpolitiker eine immerhin achtbare Einstellung. Aber kann und darf der Bürger – und Steuerzahler – nach diesem schlichtweg verantwortungslosen fiskalpolitischen Handeln, egal ob in Bayern, NRW oder andernorts, künftig der Kompetenz und Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung seiner Spitzenpolitiker noch vertrauen?

### Kreditverweigerung der Banken führt unweigerlich in die Rezession

Dass nach Lehman Brothers Inc. nun auch die US-Bank Goldman Sachs mit Milliarden-Verlusten zu kämpfen hat, lenkt unseren Blick noch einmal auf die USA. **Deren gigantische Staatsverschuldung**, nicht zuletzt ausgelöst durch die Kosten für die Kriege in Afghanistan und Irak, **ist durch die Politik des billigen Geldes der US-Notenbank nachhaltig gefördert worden.** Für diese Entwicklung war im Wesentlichen ein Mann verantwortlich, nämlich **Alan Greenspan**, von 1987 bis zum 31. Januar 2006 Vorsitzender des Federal Reserve Systems. Er galt als der mächtigste Notenbanker der Welt, dem auch die Europäische Zentralbank (EZB) zeitweise nacheiferte. Sein bekanntester Ausspruch: „Geldpolitik ist keine angewandte Wissenschaft, sondern Kunst“. Im Oktober 2008 musste **Greenspan** vor einem Parlamentsausschuss allerdings eingestehen, dass er mit seiner Kunst am Ende ist und gravierende geldwirtschaftliche Fehler zu vertreten hat. Die deutsche Bundesregierung hat zwischenzeitlich reagiert und ein Stützungs paket für notleidende Banken geschnürt, um die Risiken der Finanzierung der Wirtschaft durch Bürgschaften abzusichern. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Stützungs paket die erwarteten und erhofften Wirkungen entfaltet.

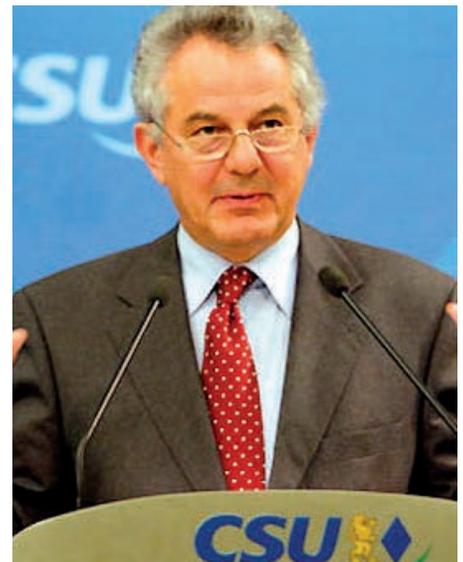
**Greenspan** war nicht nur der geistige Vater der unter seiner Leitung praktizierten Politik des billigen Geldes der FED, nein, er legte damit gleichzeitig auch die Basis für eine völlig unverantwortliche Überschuldung von Staat und Gesellschaft in den USA. **Das Aufblasen der größten Kreditblase der Menschheitsgeschichte, die im Augenblick ihres Platzens unweigerlich zum „credit crunch“,** also zur Kreditverweigerung der Banken untereinander und gegenüber der Wirtschaft führt, wird auf Dauer mit dem Namen **Alan Greenspan verbunden bleiben.** Ob der über 18 Jahre lang als Chairman der US Federal Reserve Bank fungierende **Greenspan** durch die Beeinflussung der inneren Strukturen des kapitalistischen Wirtschaftssystems alle Probleme allein oder nur mittelbar zu vertreten hat, kann dahingestellt bleiben. Festzustellen bleibt, dass seine Geldpolitik mit ihrer **exorbitanten Überschuldung** der privaten Haus-

halte zu einem nie gekannten Raubzug des Großkapitals zu Lasten des Restes der Welt ausgeübt ist. **Wir alle zahlen heute, morgen und wahrscheinlich auch noch übermorgen die Zeche für dieses unverantwortliche Missmanagement.**

### Dick Cheney – (Noch)US-Vizepräsident und „Knastbesitzer“

Weil wir gerade im Land der ungeahnten Möglichkeiten sind, soll Ihnen die folgende Geschichte nicht vorenthalten werden, die in unseren Medien so gut wie keine Beachtung gefunden hat.

Nach der angekündigten gerichtlichen Abrechnung mit **George Bush** droht nun auch sein Vizepräsident **Dick Cheney** in die Mühlen der Justiz zu geraten. Weil er indirekter Miteigner von privaten US-Gefängnissen ist, in denen es zu Misshandlungen von Gefangenen gekommen sein soll, will ein Gericht im Bundesstaat Texas den (Noch)US-Vizepräsidenten vorladen. In diesem Zusammenhang wird ihm auch



**Prof. Dr. Kurt Falthäuser (CSU): Einsicht und Ehrlichkeit sind Tugenden, die der Wähler mag. Führungsstärke und realistische Einschätzung der finanzwirtschaftlichen Risiken beim Drehen an der weltweiten Spekulationsblase durch die Landesbanken hätte dem Steuerzahler allerdings mehr genützt.**

vorgeworfen, die gerichtlichen Ermittlungen in der bekannten Angelegenheit behindert zu haben. **Cheney** soll 85 Mio. Dollar in Unternehmen angelegt haben, die Profite aus dem Betreiben privater Vollzugseinrichtungen beziehen. Hier liege, so das Gericht, eine „Interessenverquickung“ vor, weil **Cheney** die Vergabe dieser Verträge in seinem Amt direkt beeinflusst haben soll.

Die Vorwürfe beziehen sich unter anderem auf die privat betriebene Vollzugsanstalt in Willacy County. **Cheneys** Kollege, der frühere Justizminister **Alberto Gonzales**, soll die Untersuchung zur Aufdeckung der Missstände in diesem Gefängnis per Weisung blockiert haben.

Diese drohende Abrechnung mit der Ver-

gangenheit im Falle **Cheney** belegt einmal mehr die **Richtigkeit des BSBD-NRW-Engagements zur erfolgreichen Abwehr einer wie auch immer gearteten Privatisierung vollzuglicher Aufgaben**. Die rot-grüne Landespolitik wollte diese sowohl in den Jahren 1998 wie auch 2005 durchsetzen, was aber Dank des energischen Protestes vieler Tausender Strafvollzugsbediensteter verhindert werden konnte!

## Angst und Sorgen der Menschen

Der Anruf meines Freundes und früheren Kollegen Günther L. aus der Ruhrgebietsmetropole Essen war längst überfällig. Günther, der vor seinem Eintritt in den Strafvollzug Untertage gearbeitet hat, ist ein ganz prächtiger Kamerad, ehrlich, treu und zuverlässig. Für ihn gilt noch immer die Devise: Kameradschaft ist Pflicht! Und er leidet förmlich unter dem Werteverfall in unserer Gesellschaft.

Auf meine wohl etwas verhalten gestellte Frage, wie es ihm denn so gehe, brach es wie ein Vulkan aus ihm heraus. Wie ich nur eine so dümmliche – er formulierte sogar „dämliche“ Frage stellen könne? – um dann fortzufahren: „Stell Dir vor, dieser weltweite Finanzcrash schlägt voll durch. Dann bleiben morgen die Bankschalter geschlossen. Vermutlich geht meine Sparkasse Pleite und unser Geld auf dem Girokonto und dem Sparbuch ist einfach nicht mehr da. Opel in Bochum und die anderen Großen sind doch der beste Beweis dafür, dass es in Deutschland rapide bergab geht“. Es war in der Tat schwierig, Günther zu beruhigen, wobei mich im tiefsten Innern ähnliche Gedanken beunruhigen. Dann verwies Günther mich noch auf die kürzlich erst abgegebene Erklärung von Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel**, die auf ein schwieriges Jahr 2009 hingewiesen habe. „Das tut die doch nicht ohne Grund“, lautete seine Überzeugung. Und um die Sache aus seiner Sicht abzurunden, verwies Günther mich auf eine jüngst herausgegebene Presseerklärung der **Deutschen Bank**. Die Bank wagte darin die Prognose, dass mit einer Belebung der deutschen Wirtschaft frühestens Anfang 2010 zu rechnen sei, vorausgesetzt dass die durch die Politik ergriffenen finanzwirtschaftlichen Maßnahmen tatsächlich greifen würden.

## Besoldungsanpassung in 2009

Als ich glaubte, nun noch über ein paar persönliche Dinge mit ihm sprechen zu können, kam – plötzlich und unerwartet – die „Überfall-Frage“: „Und was sagst Du zu der **automatischen Diätenerhöhung**, die sich alle unsere Abgeordneten in Düsseldorf gerade noch so verordnen wollen? Jahrelang haben uns die Herrschaften als „Sparbüchse der Nation“ missbraucht, und jetzt segnen sie sich erst einmal selbst. Ob die wirklich meinen, uns mit den lächerlichen 1,45% in 2008 abspesen zu können? **Eine 4 (vier) muss 2009 mindestens vor dem Komma stehen, wollen wir nicht gänzlich in einen Zustand „ge-**



Das Platzen der Spekulationsblase hat die Kurse an der New Yorker Leitbörse auf Talfahrt geschickt. Wenn die nationalen Regierungen es nicht schaffen, den wirtschaftlichen Kollaps zu vermeiden, dann steuern wir dem wirtschaftlichen Niedergang entgegen. Eine New Yorker Börsianer formulierte es so: „Vor dem neuen Sonnenaufgang kommt erst eine lange Finsternis!“

**sicherter Armut“ abrutschen!**“ Ich war fast glücklich, ihm sagen zu können, dass der Landtag vor wenigen Tagen den Gesetzentwurf in Sachen Diätenerhöhung modifiziert habe und die **Diäten-Automatik vom Tisch sei**. In Sachen **Besoldungsanpassung für 2009** musste ich seine kritische Bewertung der Dinge hingegen bestätigen. Es sei in der Tat so, dass sich viele Beamte und Versorgungsempfänger als **Daueropfer der von Finanzminister Dr. Helmut Linssen ständig „gepredigten“ Haushaltskonsolidierung** sähen, während auf Bundesebene ein **interessanter Durchbruch in Sachen Besoldungsentwicklung zu verzeichnen sei**. Aber, so habe ich meinem Freund Günther in Erinnerung gerufen, für Anfang 2009 stünden **Tarifverhandlungen** ins Haus. Und Ministerpräsident **Dr. Jürgen Rüttgers** habe anlässlich der **Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung des DBB** im Januar diesen Jahres in Köln versichert, dass **es ab 2009 keine Unterschiede hinsichtlich der Tarifabschlüsse und der Anpassung der Besoldung mehr geben werde**. Außerdem stünden 2010 in Nordrhein-Westfalen Landtagswah-

len auf der Tagesordnung, wobei die Stimmen aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes sicherlich nicht ohne Gewicht wären.

Mein Freund Günther zeigte sich anschließend wieder etwas versöhnlicher. Ich habe ihm und seiner Familie ein friedvolles Weihnachtsfest gewünscht und wir haben uns für Anfang 2009 zur nächsten Zwischenbilanz verabredet. Mit seinem letzten Satz blieb Günther sich treu, indem er mir erklärte: „**Und wenn die in Düsseldorf uns wieder hängen lassen, dann gehen wir auf die Straße – und Du gehst mit**“. Recht hat er, mein Freund Günther.



Günther (re.), hier im Gespräch mit einer Security-Kraft, erwartet von der bevorstehenden Besoldungsrunde endlich eine angemessene Anhebung seines Einkommens bestehend aus Sockelbetrag und linearer Erhöhung von deutlich mehr als 4 Prozent.

BSBD-Hauptvorstand:

## Motivation des öffentlichen Dienstes steht auf dem Spiel!

**A**m 14. November 2008 trat in Hagen/Westf. der BSBD-Hauptvorstand, höchstes Entscheidungsgremium zwischen den Gewerkschaftstagen, zu seiner Herbstsitzung zusammen. Die BSBD-Mandatsträger aus den 44 Ortsverbänden, die den gesamten Bereich des nordrhein-westfälischen Strafvollzuges vertreten, diskutierten die aktuelle vollzugliche und personelle Lage im NRW-Strafvollzug und verabschiedeten eine Handlungsleitlinie für die Ausgestaltung der Gewerkschaftsarbeit in den kommenden Monaten. Auf großes Unverständnis stieß dabei die bekannt gewordene Absicht der Landtagsabgeordneten einer künftig automatischen Anpassung ihrer Diäten. BSBD-Chef Klaus Jäkel kritisierte diese Selbstbedienungsmentalität als inakzeptabel und stellte die rhetorische Frage: „Wann wird der Inflationsausgleich den normalen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes regelmäßig zuteil?“

Die Abgeordneten des Landtags verfügen über eine ausgeprägte Streitkultur. Wenn es jedoch um die eigenen Bezüge geht, sind sie sich einig wie selten. In diesem Jahr wurde der **Versuch unternommen, eine Automatik bei der jährlichen Diätenanpassung** einzuführen. Wäre dieses Vorhaben Realität geworden, hätte der Landtag nur einmal während einer Legislaturperiode über die Anpassung in einem Grundsatzbeschluss befinden müssen. Dieses Vorhaben traf anlässlich der Herbsttagung des BSBD-Hauptvorstandes auf unterschiedenen Widerstand.

Auf den öffentlichen Druck hat das Parlament zwischenzeitlich reagiert. Der Gesetzentwurf ist nachgebessert worden. Künftig wird der Landtag wieder jedes Jahr über die Höhe der Diäten befinden. Maßstab für die Erhöhung sollen die Veränderungen der Rente, die Entwicklung der Bruttojahresverdienste der Arbeitnehmer und die Bezüge der Beamten und Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowie die Regelsätze der Sozialhilfe, des Arbeitslosengeldes II und die Höhe der Inflationsrate sein. Landtagspräsidentin **Regina van Dinther (CDU)** sicherte zudem zu, dass zukünftig über die Diäten zu Beginn einer Plenarsitzung abgestimmt werden solle, um dem Eindruck entgegen zu tre-

ten, die Diätenanpassung solle „klammheimlich durchgewinkt“ werden.

Der **Unmut der Delegierten** der Ortsverbände entzündete sich auch an dem Umstand, dass bei den Diäten die jährliche Anpassung obligatorisch zu sein scheint, während dem öffentlichen Dienst im Zuge der Haushaltskonsolidierung gleich drei Nullrunden nach einander zugemutet wurden. Eine solche Entwicklung nährt das Empfinden, hier werde mit zweierlei Maß gemessen. **„Die politische These, dass das Personal die wichtigste Ressource im Hinblick auf die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben ist, verliert deutlich an Überzeugungskraft, wenn beim öffentlichen Dienst andere Maßstäbe gelten sollen als die Abgeordneten für sich selbst anzulegen gedenken. Durch ein solches Vorgehen werden die Kolleginnen und Kollegen systematisch demotiviert“,** stellte BSBD-Chef Klaus Jäkel unter dem Beifall der Delegierten fest.

Mit Sorge betrachte die **Gewerkschaft Strafvollzug** auch den relativ hohen Krankenstand in den nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen. Dieser sei zum einen Beleg für die strapaziöse und aufreibende Arbeit im Strafvollzug, zum anderen müsse es allerdings auch andere



**BSBD-Chef Klaus Jäkel sieht die Motivation der Strafvollzugsbediensteten gefährdet, wenn die geplanten Kapazitätserweiterungen nicht durch notwendige personelle Maßnahmen flankiert werden.**

Ursachen für diese Entwicklung geben. Zu begrüßen, so **Jäkel**, sei insoweit das Bemühen des Ministeriums, dem Phänomen mit externem Sachverstand auf den Leib zu rücken.

Nachdem die Besoldung in den zurückliegenden Jahren arg unter der **Sparpolitik** von Finanzminister **Dr. Helmut Linssen** gelitten habe, gestalte sich die **Nachwuchsgewinnung in den Laufbahnen des mittleren Dienstes zunehmend schwieriger**, erläuterte der Gewerkschaftler. In den nächsten sechs Jahren sind 2000 Ersatzeinstellungen erforderlich, um den Personalbestand zu halten. Da wird es objektiv problematisch eine ausreichende Zahl von geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern zu finden. **Um die Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes im Allgemeinen und des Strafvollzuges im Besonderen zu sichern, sind nach Ansicht des BSBD-Hauptvorstandes strukturverbessernde Maßnahmen unumgänglich.** Die Rahmenbedingungen für ein berufliches Engagement im Strafvollzug, und dazu zählt maßgeblich die Einkommensfrage, hinken den Entwicklungen auf dem freien Arbeitsmarkt kräftig hinterher!

In vollzuglicher Hinsicht, dies müsse uneingeschränkt anerkannt werden, habe die NRW-Landesregierung ohne Zweifel eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, die NRW im Bemühen um einen effizienten Strafvollzug in eine Spitzenposition gebracht habe. **So sei der Jugendvollzug personell und im Hinblick auf die Unterbringungsverhältnisse auf einen guten Weg gebracht worden.** Die Einzelunterbringung sei seit Beginn des Jahres Realität und auch für den Erwachsenenvollzug seien zahlreiche Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rd. 500 Millionen Euro ge-



**Die BSBD-Mandatsträger anerkannten die Verbesserungen im Bereich des Jugendstrafvollzuges, forderten aber gleichzeitig dazu auf, nicht auf halbem Wege im Bemühen um einen effizienteren Strafvollzug stehen zu bleiben.**

plant. Damit, erläuterte **BSBD-Chef Klaus Jäkel**, schaffe das Land die Voraussetzungen dafür, dass künftig auch im Bereich des Erwachsenenvollzuges das Prinzip der Einzelunterbringung Einzug halten könne.

**Kritik** meldete der **BSBD**-Hauptvorstand insoweit an, dass der in Aussicht genommene Ausbau der Haftplatzkapazitäten nicht durch die zwingend notwendige Bereitstellung zusätzlichen Personals flankiert werde. Insoweit erwarte der **BSBD** sachgerechte Entscheidungen, die nicht zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen vor Ort gehen dürften. Hier ist die Politik gefordert, frühzeitig die benötigten Personalstellen zur Verfügung zu stellen.

**Sowohl die Konsequenzen aus der Aufgabe des Landesjustizvollzugsamtes Nordrhein-Westfalen als auch das Hin und Her im bislang gutgeführten NRW-Justizvollzugs Krankenhaus wurden kritisch diskutiert.** Die politischen Vorgaben und Absichten haben bislang noch nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt. Während die Einführung der Zweistufigkeit im Vollzug zu einem Verlust an „Basistauglichkeit“ geführt hat, ist es dem NRW-Justizministerium bislang noch nicht gelungen, diesen strukturellen Mangel zu kompensieren. **Im JVK-Fröndenberg macht sich vor dem Hintergrund der greifbaren Ungewissheit seit nunmehr rund zwei Jah-**



Erwin Rosengart, Tarifvertreter des **BSBD**, stimmte die Delegierten auf eine harte Tarifrunde ein. „Wenn wir ein angemessenes Ergebnis mit mindestens einer dicken 4 vor dem Komma erreichen wollen, dann darf an unserer Kampfbereitschaft kein Zweifel aufkommen“.

**ren existenzielle Sorge unter den Bediensteten breit, die sich nicht als förderlich für das Klima in der Klinik erwiesen hat.** Nach Einschätzung der **BSBD**-Mandatsträger besteht hier dringender Handlungsbedarf, um die Leistungsfähigkeit der Institution wieder herzustellen.

Auch die **Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG)** wird eindeutig als eine Verschlechterung für die Bediensteten gesehen. Willkürliche Umsetzungen in einigen Justizvollzugseinrichtungen, die nun keine personalvertretungsrechtliche Beteiligung mehr erfahren, haben teilweise das Betriebsklima erheblich verschlechtert und zu einem deut-

lichen Ansteigen der Krankenquote geführt. Die Einschränkung bei den Freistellungen gem. § 42 LPVG wirft zunehmend das Problem auf, Kolleginnen und Kollegen für die Mitbestimmungsgremien zu gewinnen. **Wenn in einzelnen Einrichtungen dann noch – entgegen einer höchst-richterlichen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts – die Dauer der Personalratssitzungen auf die Freistellungen angerechnet werden, kann den betroffenen Personalvertretungen nur dringend empfohlen werden, sofort den Klageweg zu beschreiten.**

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung konnte **BSBD-Chef Klaus Jäkel** nicht ohne Stolz feststellen, dass der **BSBD** sich bei den diesjährigen Personalratswahlen **erneut und überaus souverän als die stärkste gewerkschaftliche Kraft im NRW-Strafvollzug durchgesetzt habe.** Das hohe Vertrauen der Beschäftigten in den **BSBD** und dessen Mandatsträger sei durch das eindeutige Votum der Kolleginnen und Kollegen zum Ausdruck gekommen. „Dieses Vertrauen nicht zu enttäuschen“, so **Jäkel**, „wird für alle **BSBD**-Gewerkschafter eine große Herausforderung sein. Aus dem Wahlergebnis ziehen wir die Kraft, uns mit dem realistischen Blick für das Machbare immer wieder neu zu motivieren, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen wirksam zu vertreten“.

BSBD-Ehrenvorsitzender Hans W. Schmidt begeht 80. Geburtstag

## NRW-Landesleitung würdigt verdienstvollen Kollegen

**H a m m .** „Zur heutigen Vollendung Ihres 80. Lebensjahres möchte ich Ihnen, lieber Kollege Schmidt, im Namen der **BSBD**-Landesleitung und auch ganz persönlich herzlich gratulieren und gleichzeitig einen Dank für die über viele Jahrzehnte gezeigte Verbundenheit zum **BSBD** zum Ausdruck bringen“, erklärte **BSBD**-Landesvorsitzender Klaus Jäkel am 29. November 2008 anlässlich einer Feierstunde für den **BSBD**-Ehrenvorsitzenden Hans W. Schmidt.

Dem **BSBD** trat **Hans W. Schmidt** 1954 bei. Im Ortsverband Hövelhof übernahm er Verantwortung für die Gewerkschaftsarbeit auf örtlicher Ebene, bevor er 1965 zum **BSBD**-Landesvorsitzenden gewählt wurde.

Dieses Ehrenamt, das er bis 1985 wahrnahm, füllte er mit großer Tat- und Schaffenskraft aus. In dem Prozess zur gesetzlichen Regelung des Strafvollzuges brachte er die Interessen der Strafvollzugsbediensteten nachdrücklich ein. Unter seiner Führung avancierte der **BSBD** zur führenden Interessenvertretung der Strafvollzugsbediensteten in NRW.

Für die Verdienste, die sich **Hans W. Schmidt** um die Vertretung und Durchsetzung der Belange der Strafvollzugsbediensteten, aber auch um die rechtliche



**BSBD**-Chef Klaus Jäkel (re.) und Landesleitungsmitglied Friedhelm Sanker (li.) gratulieren dem **BSBD**-Ehrenvorsitzenden Hans Wilhelm Schmidt zum 80. Geburtstag.

und inhaltliche Ausgestaltung eines effizienten Strafvollzuges erworben hat, wurde ihm am 25. März 1977 durch den Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens und am 10. Januar 1985 das Ver-

**dienstkreuz I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.**

Damit fand die ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit, die im Hinblick auf die investierte Zeit und Arbeit nicht hoch genug

bewertet werden kann, die angemessene und sichtbare öffentliche Anerkennung.

In seiner Eigenschaft als **stellvertreter Bundesvorsitzender des BSBD** hatte **Hans W. Schmidt** von 1978 bis 1986 maßgeblichen Anteil an der Arbeit des **Reformausschusses**, der mit seinen Stellungnahmen zur Reform des **Jugendstrafvollzuges** und zum **Abbau der Überbelegung** zu Beginn der 80er Jahre wesentliche Beiträge zu einer sachgerechten Umsetzung des Gesetzauftrages in die praktische Arbeit im Strafvollzug geleistet hat.

**Hans. W. Schmidt** hat daneben eine Fülle weiterer Ehrenämter wahrgenommen, in denen er sich stets für den Strafvollzug und dessen Beschäftigte eingesetzt hat.

**Besondere Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang seine Tätigkeit im Hauptpersonalrat bei dem Justizministerium NRW, wo er von 1975 bis 1987 die spezifischen Interessen der Strafvollzugsbediensteten vertrat.**

**Als Hans W. Schmidt 1985 den Landesvorsitz in die Hände seines Nachfolgers Jochen Sudhaus legte, wählte ihn der Delegiertentag einstimmig zum Ehrenvorsitzenden des BSBD.**

Die zahlreichen Erfolge der vorrangig durch ihn bestimmten Gewerkschaftsarbeit fanden damit sichtbare Anerkennung. Die **BSBD-Landesleitung** wünscht Koll.

**Hans W. Schmidt** und seiner Ehefrau Gesundheit, Energie, Schaffenskraft und vor allem persönliche Zufriedenheit.

Bundesverfassungsgericht:

## „Pendlerpauschale“ vom ersten Kilometer an absetzbar!

**N**ach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 09. Dezember 2008 sind die Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte wieder nach dem bis zum Jahr 2006 geltenden Recht als Werbungskosten nach § 9 EStG oder als Betriebsausgaben nach § 4 EStG von den einkommensteuerpflichtigen Einkünften abzugsfähig. Diese Entscheidung ist eine schallende Ohrfeige für die Bundesregierung. In einer ersten Stellungnahme erklärte die Bundeskanzlerin, die Regierung werde den Spruch aus Karlsruhe respektieren und die einbehaltenen Gelder unverzüglich an die Betroffenen auszahlen. In der jetzigen wirtschaftlichen Lage spiele das Urteil der Regierung sogar in die Karten, weil damit praktisch ein weiteres Konjunkturprogramm aufgelegt werde.



Die Richter des Karlsruher Bundesverfassungsgerichts sahen in der ab 2007 eingeführten „Pendlerpauschale“ ab dem 21. Kilometer einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz.

Mit dem jetzt durch die Verfassungsrichter kassierten Gesetz wurde mit Wirkung ab 2007 ein Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 2,53 Mrd. Euro jährlich erhoben. Erreicht wurde dieses Ziel, in dem die Fahrten zur Arbeit nicht mehr als Werbungskosten anerkannt wurden. Erst ab dem 21. Kilometer erfolgte zur Abgeltung erhöhter Aufwendungen die Anrechnung einer Pauschale in Höhe von 30 Cent je Kilometer als ergänzende Härtefallregelung.

Auf die Vorlagen der Finanzgerichte Niedersachsens und des Saarlandes sowie des Bundesfinanzhofs entschied der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts, dass diese Neuregelungen mangels verfassungsrechtlich tragfähiger Begründung mit den Anforderungen des allgemeinen Gleich-

heitssatzes des Art. 3 Abs. 1 GG an eine folgerichtige Ausgestaltung einkommensteuerrechtlicher Belastungsentscheidungen **nicht vereinbar und verfassungswidrig** sind. Der Gesetzgeber ist danach verpflichtet, rückwirkend auf den 1. Januar 2007 die Verfassungswidrigkeit durch Umgestaltung der Rechtslage zu beseitigen. Bis zur gesetzlichen Neuregelung ist die Pauschale des § 9 Abs. 2 Satz 2 EStG – vorläufig – ohne die Beschränkung auf Entfernungen erst ab dem 21. Kilometer anzuwenden.

**Der Entscheidung liegen im Wesentlichen folgende Erwägungen zu Grunde:**

1. Der allgemeine Gleichheitssatz des Grundgesetzes verlangt vom Einkommensteuergesetzgeber eine an der finanziellen Leistungsfähigkeit ausgerichtete hinreichend folgerichtige Ausgestaltung seiner Belastungsentscheidungen. Nach dem geltenden Einkommensteuerrecht wird die finanzielle Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen grundsätzlich nach der Höhe seines jährlichen Nettoeinkommens bemessen, d.h., nach der Höhe der Einnahmen abzüglich beruflich bzw. betrieblich veranlasster Aufwendungen (sog. objektives Nettoprinzip) sowie abzüglich weiterer, nicht beruflich, sondern privat veranlasster Aufwendungen, insbesondere abzüglich der Aufwendungen für das Existenzminimum des Steuerpflichtigen und seiner unterhaltsberechtigten Familienange-

hörigen (sog. subjektives Nettoprinzip). Das Erfordernis folgerichtiger Ausgestaltung der einkommensteuerrechtlichen Belastungsentscheidungen verlangt, dass Ausnahmen von den das einfache geltende Recht beherrschenden Prinzipien hinreichend begründet sind. Als solche hinreichenden Gründe sind nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bisher außerfiskalische Förderungs- und Lenkungsziele sowie Typisierungs- und Vereinfachungserfordernisse anerkannt, nicht jedoch der rein fiskalische Zweck staatlicher Einnahmenerhöhung. Hieran hält der Zweite Senat vorliegend fest.

2. Das im Gesetzgebungsverfahren fast ausschließlich angeführte Ziel der Haushaltskonsolidierung kann trotz aller auch verfassungsrechtlichen Dringlichkeit für sich genommen die Neuregelung nicht rechtfertigen, denn es geht bei der Abgrenzung der steuerlichen Bemessungsgrundlage um die gerechte Verteilung von Steuerlasten. Hierfür kann die staatliche Einnahmenvermehrung jedoch kein Richtmaß bieten, denn diesem Ziel dient jede, auch eine willkürliche Mehrbelastung.

3. Schließlich fehlt es auch an einem den Gesetzgeber „befreienden“ grundlegenden Systemwechsel oder einer neuen Zuordnungsentscheidung. Die dem Steuergesetzgeber zustehende Gestaltungsfreiheit umfasst zwar von Verfassungs wegen auch die Befugnis, neue Regeln ohne Bindung durch Grundsätze der Folgerichtigkeit an frühere Grundentscheidungen einzuführen. Einen zulässigen Systemwechsel kann es jedoch ohne ein Mindestmaß an neuer Systemorientierung nicht geben. Anderenfalls ließe sich jedwede Ausnahmeregelung als (Anfang einer) Neukonzeption deklarieren. Die neuen Bestimmungen zur räumlichen Abgrenzung abzugsfähiger Wegekosten lassen eine Orientierung an einer – etwa nach und nach zu verwirklichenden – neuen Grundkonzeption nicht erkennen. Der generelle Ausschluss der Wegaufwendungen aus dem Tatbestand der Werbungskosten und die gleichzeitige Anordnung, die Kosten für Wege ab 21 km „wie“ Werbungskosten zu behandeln und für diese eine aufwandsunabhängige Entfernungspauschale anzusetzen, ist durch eine widersprüchliche Verbindung und Verschränkung unterschiedlicher Regelungsgehalte und Regelungsziele gekennzeichnet und beruht nicht auf einer übergreifenden Konzeption. Insbesondere lässt sich die praktische Aufrechterhaltung der vorangehenden Rechtslage für Wege ab 21 km mangels plausibler Härtekriterien als Härtefallregelung nicht rechtfertigen.

Aus den Reihen der **CSU** ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts mit Genugtuung aufgenommen und begrüßt worden, wird jetzt doch zügig umgesetzt, was die **CSU** sei Monaten fordert: Die Wiedereinführung der Entfernungspauschale ab dem ersten Kilometer.

Gedanken über die Welt von morgen:

## Marschiert der Arbeitsmarkt direkt in die Globalisierungsfalle?



Das Fairmont-Hotel in San Francisco war 1995 Schauplatz eines Meinungs- und Erfahrungsaustausches über die Chancen und Risiken der Globalisierung.

**D**ie zurückliegenden Jahre mit ihrem anhaltenden Konjunkturhoch haben sich auch, wer wollte es leugnen, positiv auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Viele zusätzliche Arbeitsplätze sind geschaffen worden. Hierzu hat sicherlich die Deregulierung des Arbeitsmarktes beigetragen. Nur ist es erstrebenswert, in dem Hochlohnland Deutschland dauerhaft einen Niedriglohnbereich zu etablieren oder liegt das Ziel eher darin, die Potentiale der Menschen so zu fördern, dass sie auch qualifizierte Arbeiten ausführen können, die ihres Lohnes wert sind? Oder müssen wir uns dauerhaft auf eine beträchtliche Zahl von Arbeitslosen, ein Heer der Perspektivlosen, einstellen, die nur noch sozialabgefedert und bespaßt werden müssen, damit sie kein Unheil anrichten?

Bereits 1995 hat die **Michail-Gorbatschow-Stiftung** zu diesem Thema eine Tagung im Fairmont-Hotel in San Francisco abgehalten, die erstaunliche Ergebnisse erbrachte. An drei ereignisreichen Herbsttagen diskutierten 500 führende Politiker, Konzernchefs und Wissenschaftler hinter verschlossenen Türen die Entwicklungen des 21. Jahrhunderts. **Ihre Erwartungen waren verheerend.** Die Mehrzahl der Weltenlenker erwartet den Niedergang von Demokratie und Wohlstand. Für den Arbeitsmarkt sind ihre Einschätzungen ebenfalls niederschmetternd. Sie gehen davon aus, dass künftig 20 Prozent der Weltbevölkerung ausreichen werden, um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten und die benötigten Güter zu produzieren. Dies ist eine wahrhaft erschreckende Vorstellung für eine Gesellschaft, deren Individuen ihren Wert nicht zuletzt über ihre Teilhabe am Produktions- und Dienstleistungsprozess definieren.

Die Spitzenkräfte aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik waren sich einig, dass es künftig verstärkt ums „Fressen oder Ge-

fressen werden“ gehen wird. Der Konkurrenzdruck werde ungeahnte Ausmaße annehmen und beinhaltet werden. Soziales Engagement sei bei diesem globalen Wettbewerbsdruck unzumutbar. Um die Millionenheere der Arbeitslosen müssten sich andere kümmern.

Die analytischen Geister prophezeien der Industrie, dass sie langfristig den Weg der Landwirtschaft nehmen werde. **Das Ziel „Vollbeschäftigung“ werde sich zu einer politischen Utopie zurückentwickeln, die unter keinen denkbaren gesellschaftlichen Entwicklungen mehr erreicht werden könne.** Schrankenlose Kommunikation, niedrige Transportkosten und grenzenloser Freihandel ließen die Welt zu einem einzigen Markt verschmelzen.

### Nationalstaaten werden gegeneinander ausgespielt

Nach Einschätzung der Diskutanten sitzen die Nationalstaaten in der Globalisie-

rungsfalle. Derzeit sind über 50.000 transnationale Unternehmen, die in mehr als 3 Staaten Betriebsstätten unterhalten, auf dem Markt aktiv und spielen die Nationalstaaten gnadenlos gegen einander aus. Sind die Steuern auf Kapitalerträge in Deutschland zu hoch? Kein Problem, in Irland werden nur 10 Prozent fällig, Malaysia verzichtet ganz auf die Erhebung von Steuern. **Wie die Nomaden zieht die Produzentenkarawane um den Globus, um dort zu grasen, wo es am üppigsten grünt.**

Nokia ist hierfür das beste Beispiel. Obwohl am Standort Bochum satte Gewinne erzielt wurden, zog es den Handy-Hersteller nach Rumänien, weil dort eine noch größere Kapitalrendite zu erzielen war.

Die „Weltenlenker“ stimmten darin überein, dass die westliche Anspruchsgesellschaft den Kampf gegen die asiatische Verzichtsgesellschaft nicht erfolgreich bestehen könne, weil die Arbeitsplatzverlagerung nur durch sinkende Steuern, Lohn- und Lohnnebenkosten verhindert werden könne. Das entsprechende Absinken des Wohlstandes in der westlichen Welt werde zwingend zu sozialen Verwerfungen und kultureller Verunsicherung führen. Insofern gelte es, ein uraltes Prinzip neu zu beleben: Brot und Spiele.

### 1,2 Mrd. Menschen bieten ihre Arbeitskraft an

Der 1995 in San Francisco tagende **Global Braintrust** kreierte hierfür ein eigenes Kunstwort: **Tittytainment!** Dies ist eine Wortschöpfung aus „titty“ (Slang für Busen, hier milchgebende Brust) und „entertainment“ (Unterhaltung) und meint die Ruhigstellung der Mehrheit der Gesellschaft durch Versorgung und Zerstreuung. Das verbesserte Ausbildungsniveau in Drittstaaten hat die früheren Standortvorteile der ersten Welt aufgezehrt. Zwischenzeitlich bieten rd. 1,2 Mrd.



Michail Gorbatschow und seine Stiftung waren 1995 Gastgeber für 500 Wissenschaftler, Wirtschaftsmanager und Politiker, die sich Gedanken über die Welt von Morgen machten.

Menschen ihre Arbeitskraft an. Die günstigeren Lohnkosten lassen die Manager von einer goldenen Zeit des „Turbo-Kapitalismus“ träumen.

Mit der Globalisierung sind leider keine Strukturen entstanden, mit denen sich negative Entwicklungen verhindern ließen. Auf der Ebene des Nationalstaates besteht eben keine Möglichkeit, das Agieren der wirtschaftlichen „global players“ zu kontrollieren und zu reglementieren. **Das Kapital vagabundiert auf der Suche nach immer höheren Renditen um den Erdball.** Weil mit dem Derivatehandel mehr Gewinn erzielt werden kann als mit realwirtschaftlichen Unternehmungen, neigt das Kapital dazu, sich der Realwirtschaft zu entziehen. Dadurch wird das weltweite Geldwesen sozialbindungslos und wirtschaftsfeindlich. Um das Kapital bei Laune und im Land zu halten, wird es durch die Nationalstaaten deshalb immer mehr entlastet, während das Arbeitseinkommen immer größere Lasten zu verkraften hat.

Wenn der Welthandel keine Schranken und Grenzen mehr kennt und damit eine Sozialbindung menschlichen Wirtschaftens nicht durchgesetzt werden kann, dann besteht die Alternative der Politik darin, einen so großen Organismus zu schaffen, dass die Kontrolle wirtschaftlichen Handelns möglich wird. Dann könnte mit den Mitteln des Steuerrechts die Sozialbindung des Kapitals wiederhergestellt werden. Allein eine 1-prozentige Umsatzsteuer auf den Devisenhandel würde enor-



**Zbigniew Brzezinski, ehemaliger Sicherheitsberater von Präsident Jimmy Carter, wird die Wortschöpfung vom Tittytainment zugesprochen. Gemeint ist damit die Bespaßung und Versorgung von Menschen, die für den Produktionsprozess nicht mehr benötigt werden.**

me Summen für soziale Aufgaben freisetzen.

**Gottseidank sind die Erwartungen der Wissenschaftler, Wirtschaftslenker und Politiker nicht in der prophezeiten Weise Realität geworden.** Spitzentechnologie und Wirtschaftswachstum haben dafür gesorgt, dass in den zurückliegenden Jahren die Massenarbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft werden konnte. Von einer 20:80-Gesellschaft sind wir noch ein gutes Stück entfernt.

Die **Macht des Geldes** haben wir allerdings in den vergangenen Jahren deutlich zu spüren bekommen. Obwohl wir seit 2001 wirtschaftliche Boom-Jahre erlebt haben, ist bei den abhängig Beschäftigten nicht allzu viel davon hängengeblieben. Die Entwicklung der Brutto- und Ge-

haltssumme der sozialversicherten Arbeitnehmer ist in den zehn Jahren von 1995 bis 2005 von 545,8 Mrd. Euro auf 606,7 Mrd. Euro angestiegen. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 11,5 Prozent. Im selben Zeitraum sind die Verbraucherpreise um 14,8 Prozent gestiegen, **sodass die Lohnzuwächse nicht einmal ausreichen, um die Inflationsrate zu kompensieren.** Die Kapitalerträge sind hingegen nahezu explodiert, weil sich durch das Wetten auf steigende oder fallende Preise Renditen erzielen lassen, die mit der Realwirtschaft nicht zu erzielen sind.

Bei deutlicher Zunahme der Beschäftigtenzahlen weisen gleichzeitig die Vollzeitjobs eine erhebliche Abnahme auf. Besonders der Niedriglohnsektor und die Zeitarbeit haben von der guten Konjunkturlage der vergangenen Jahre profitiert. Mit dem jetzigen **Platzen der Spekulationsblase** geht die Furcht einher, der erste Schritt in die Verelendung breiter Schichten der Gesellschaft könnte eingeläutet sein. Für die Politik ergibt sich jedoch die Hoffnung, die sich abzeichnende Rezession genutzt werden, für die vagabundierenden Kapitalströme Regelungen zu schaffen, die eine Sozialbindung der Kapitalerträge gewährleisten. **Es bleibt zu hoffen, dass die Politik die Weltwirtschaftskrise nutzt und die Kraft aufbringt, den Egoismus des Turbokapitalismus einzudämmen durch ein der sozialen Marktwirtschaft entsprechendes weltweites Wirtschaftssystem.**

Pilot-Projekt im deutschen Strafvollzug

## **Belgische und holländische Strafvollzugsbedienstete hospitierten in der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Senne**

Ein im deutschen Strafvollzug bislang einmaliges Projekt wurde in der Zeit vom 1. bis 5. Dezember 2008 in der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Senne (mit Außenstellen in ganz Ostwestfalen) realisiert. Jeweils drei Strafvollzugsbedienstete aus Belgien und Holland hatten Gelegenheit, den Dienst der Bielefelder Strafvollzugsbediensteten für eine Woche zu begleiten. Initiiert worden war dieser fachliche Erfahrungsaustausch durch die in der Europäischen Arbeitsgemeinschaft der Strafvollzugsgewerkschaften (EASG) zusammengeschlossenen Interessenvertretungen aus Belgien, den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen.

Sowohl NRW-Justizministerin **Roswitha Müller-Piepenkötter**, die Strafvollzugsabteilung im NRW-Justizministerium als auch die Anstaltsleitung und Kolleginnen und Kollegen der JVA Bielefeld-Senne konnten für das Pilot-Projekt gewonnen werden. Geboren wurde die Idee innerhalb der EASG, die einerseits die Absicht verfolgt, auf europäischer Ebene für ein einheitliches Strafvollzugsrecht zu werben und sich daneben auf die Fahnen geschrieben hat, Ausbildung und finanzielle Dotation zu verbessern.

Die Kolleginnen und Kollegen aus Belgien und Holland hatten Gelegenheit, alle Bereiche der Vollzugseinrichtung kennen zu lernen. Hierbei handelte es sich um eine beobachtende Funktion ohne hoheitsrechtliche Befugnisse gegenüber den Ge-

fangenen. Die sechzehn Außenstellen der JVA Bielefeld-Senne ermöglichten es den Hospitanten, sich einen umfassenden Überblick über den offenen Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen zu verschaffen. Besonders beeindruckt zeigten sich die Kolleginnen und Kollegen aus den Nachbarländern von dem durchaus persönlichen Umgang der Bediensteten mit den Inhaftierten. Auch die vielfältigen Behandlungsangebote des offenen Vollzuges sowie ein Beschäftigungsangebot, das allen arbeitsfähigen Gefangenen die Arbeit in Produktions- und Dienstleistungsunternehmen der Region ermöglicht, wurde durch die ausländischen Gäste mit fast ungläubigem Staunen quittiert, weil die Gefangenen in ihren Heimatanstalt nur im intramuralen Bereich einer Beschäftigung

nachgehen können. Aber auch für deutsche Verhältnisse nimmt die JVA Bielefeld-Senne mit ihrer dezentralen Struktur eine absolute Ausnahmestellung ein.

Durch die fast hundertprozentige Vermittlung in Arbeit wird die Arbeitsfähigkeit der Gefangenen gefördert, erhalten und verbessert, sodass die Betroffenen zum Entlassungszeitpunkt über eine realistische Möglichkeit verfügen, sich ohne Straftaten eine Existenz in finanzieller Unabhängigkeit aufbauen zu können.

**Anlässlich einer Pressekonferenz am 3. Dezember 2008 in der JVA Bielefeld-Senne, an der u. a. auch die Vorsitzenden der Strafvollzugsgewerkschaften aus Belgien und Holland teilnahmen,** konnten sich die befreundeten Gewerkschaftsvertreter davon überzeugen, dass die Ausbildung der nordrhein-westfälischen Strafvollzugsbediensteten die qualitative Spitze in Europa markiert. In Belgien und Holland nimmt die Vorbereitung auf ein berufliches Engagement im Strafvollzug nur wenige Wochen in Anspruch und weist daher nicht ein derart hohes Ausbildungsniveau auf, wie es in Deutschland für die Arbeit im Strafvollzug obligatorisch ist. Allerdings ist in den Nachbar-

ländern die personelle Präsenz in den Vollzugseinrichtungen im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen fast doppelt so hoch. In dieser Hinsicht ist es erklärte Aufgabe der Interessenvertretungen eine Angleichung der Verhältnisse anzustreben und dabei die erreichten Besoldungsverhältnisse zu bewahren.

**BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel** zeigte sich erfreut, dass dieser einwöchige Aufenthalt der Hospitanten auch bei den Vollzugsbediensteten in der JVA Bielefeld-Senne große Zustimmung fand. „Damit sind die Voraussetzungen geschaffen worden, um demnächst auch nordrhein-westfälischen Strafvollzugsbediensteten eine solche Hospitation in Belgien und Holland zu ermöglichen“.

Infolge der fortschreitenden politischen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer der Europäischen Union im Bereich von Justiz und Strafvollzug haben sich die führenden Strafvollzugsgewerkschaften aus Belgien (**ACOD, Algemene Centrale der Openbare Diensten**), Holland (**BPSAG, Bond van Personeel bij de Strafen Aanverwante Gestichten**) und Deutschland (**BSBD, Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands – Landesverband NRW**) bereits vor drei Jahren zusammengeschlossen, um gemeinsame Interessen zu bündeln und gegenüber dem Europäischen Parlament zu vertreten. Weitere Strafvollzugsgewerkschaften anderer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben bereits ihre Absicht bekundet, sich ebenfalls der Arbeitsgemeinschaft anschließen zu wollen.

# Belgische Beamte arbeiten in deutschem Gefängnis

## Einmaliges Projekt im Strafvollzug startet in Bielefeld

Von Ernst-Wilhelm Pape

Bielefeld (WB). Sechs Strafvollzugsbeamte aus den Niederlanden und aus Belgien lernen in dieser Woche den Dienst in der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Senne kennen.

Das im deutschen Strafvollzug bislang einmalige Projekt wird von NRW-Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) unterstützt, teilte die Gewerkschaft Strafvollzug mit. Mit 1400

Häftlingen und 330 Beamten sowie 16 Außenstellen in ganz Ostwestfalen-Lippe bestehe in Bielefeld-Senne europaweit das größte Gefängnis im offenen Strafvollzug. Die Hospitanten würden aus rechtlichen Gründen keine Uniform tragen. Sie würden den Dienst in allen Bereichen wie zum Beispiel den Außenstellen, dem Gefangenentransport und der Krankenstation kennenlernen.

Ziel sei ein einheitliches europäisches Strafvollzugsgesetz, sagte der NRW-Landesvorsitzende des

Bundes der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) Klaus Jäkel gestern dieser Zeitung. Deshalb würden bald auch deutsche Beamte den Strafvollzug in den europäischen Nachbarländern kennen lernen.

Die Gewerkschaft Strafvollzug habe sich mit den führenden Strafvollzugsgewerkschaften aus Belgien und den Niederlanden zur Europäischen Arbeitsgemeinschaft der Strafvollzugsbediensteten (EASG) zusammengeschlossen. Es würden gemeinsame Vorschläge erarbeitet, um sie dem EU-Parlament vorzulegen. Strafvollzugsgewerkschaften aus der Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Spanien und Polen hätten bereits ihr Interesse bekundet, der neuen Arbeitsgemeinschaft beizutreten.

Ein erster Schritt auf dem Weg zum einheitlichen EU-Strafvollzugsrecht sei die Hospitation von niederländischen und belgischen Kollegen in Deutschland. Es gelte zunächst im Strafvollzug EU-weite einheitliche Standards zu schaffen, wie eine einheitliche mehrjährige Ausbildung der Bediensteten. Auch im Umgang mit den Gefangenen müsse es einheitliche Regeln geben.

In NRW bestehe nach wie vor Personalbedarf im Strafvollzug. Landesweit seien bei den Bediensteten mehr als 450 000 Überstunden angefallen. Der Krankenstand betrage aufgrund der hohen Arbeitsbelastung mehr als zehn Prozent, sagte Jäkel.



Das Projekt in der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Senne ist bundesweit einmalig, sagte Klaus Jäkel, NRW-Vorsitzender der Gewerkschaft Strafvollzug.

Westfalen-Blatt vom 4. Dezember 2008

JVA Bielefeld-Senne:

## Erste Jungtäterabteilung des offenen Vollzuges am Netz

**U**nter reger Anteilnahme von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Justiz sowie in Anwesenheit von zahlreichen Medienvertretern und einer interessierten Öffentlichkeit wurde im Sommer die neu errichtete Außenstelle Verl ihrer Bestimmung übergeben. Jahrelang war die Zukunft der Außenstelle ungewiss. Anfänglichen Problemen innerhalb der Eigentümergemeinschaft folgten administrative Hemmnisse hinsichtlich einer weiteren Fortführung der Außenstelle, die überaus verkehrsgünstig an der Autobahn A2 gelegen ist. Erst dem großen Engagement des neuen Eigentümers ist es zu verdanken, dass ein Neubau eingeweiht wurde, der hinsichtlich des qualitativen Standards keinen Vergleich zu scheuen braucht. Die hervorragende Qualität der Bauausführung stellt sicher, dass die Außenstelle Verl Jahrzehntlang über eine Infrastruktur wird verfügen können, die beste Bedingungen für die Gestaltung eines auf Verhaltensänderung angelegten offenen Vollzuges bietet.

In der Außenstelle Verl stehen 59 Plätze für die Unterbringung von Gefangenen zur Verfügung. Geleitet wird die Einrichtung durch die Abteilungsleiterin **Iris Peveling** und den Bereichsleiter **Erich Hemsing**. Sie sehen sich mit einer völlig neuen Aufgabe konfrontiert, weil in der Außenstelle eine Jungtäterabteilung eingerichtet worden ist.

Unmittelbar nach der Übernahme der Regierung hatte NRW-Justizministerin **Roswitha Müller-Piepenkötter** die Einrichtung von Jungtäterabteilungen in vier Einrichtungen des Erwachsenenvollzuges initiiert. Um auch den Gefangenen, die originär im offenen Vollzug untergebracht werden, die gleichen Fördermöglichkeiten wie im geschlossenen Vollzug zur Verfügung stellen zu können, hat die Anstalts-

**Bauunternehmer und Eigentümer der Außenstelle Walter Reker (Mi.)** übergab die Einrichtung an Bereichsleiter **Erich Hemsing (re.)**. Links im Bild Architekt **Werner Voßhans**, der eine Vollzugseinrichtung geschaffen hat, die in funktionaler und qualitativer Hinsicht überzeugt.





**Auch Kunst am Bau darf nicht fehlen. Die geöffnete Tür symbolisiert, dass es sich um eine Einrichtung des offenen Vollzuges handelt.**

leitung in Eigenverantwortung die Schaffung einer solchen Einrichtung im offenen Vollzug organisiert. Zwischenzeitlich hat sich die Abteilung gefunden und etabliert und gute Aussichten auf ihre offizielle Anerkennung.

Junge Strafgefangene im Alter zwischen 21 und 26 Jahren sollen in Verl niederschwellige Angebote zur Förderung ihrer Fähigkeiten erhalten, um anschließend an schulischen oder beruflichen Qualifizierungs-

maßnahmen mit Aussicht auf Erfolg teilnehmen zu können. Daneben sollen Persönlichkeitsdefizite und gewalttätiges Verhalten im Rahmen therapeutischer Interventionen behoben oder zumindest gebessert werden. Wenn die Einrichtung in ein seitens des Justizministeriums initiiertes Förderprogramm aufgenommen wird, eröffnet sich im kommenden Jahr die Möglichkeit, auch über zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen verfügen

zu können. Die ersten jungen Inhaftierten sind bereits seit Monaten in der Vollzugseinrichtung untergebracht und haben sich den spezifischen Anforderungen gestellt. Die für das zusätzliche vollzugliche Angebot geeigneten Gefangene, werden der Abteilung im Rahmen des Zugangsverfahrens zugewiesen. In der Außenstelle Verl wird dann die individuelle Vollzugsplanung erstellt, die die Grundlage für die Behandlung der Betroffenen bildet. Für die Betreuung der Gefangenen steht fachlich qualifiziertes Personal zur Verfügung, das speziell auf diese Aufgabe vorbereitet worden ist.

Dieses Behandlungs- und Betreuungsteam hat es sich zum Anliegen gemacht, die jungen Strafgefangenen im Rahmen motivierender und qualifizierender Schulungen intensiv auf eine künftig straffreie Lebensführung vorzubereiten.

**Karl Meise**, der Sprecher der Vermieter aller Außenstellen der JVA Bielefeld-Senne, und **BSBD-Chef Klaus Jäkel**, die der Einweihung der Außenstelle Verl beiwohnten, erklärten gegenüber der Presse, dass der Jungtätervollzug in NRW mit der Schaffung einer offenen Abteilung komplettiert werde. Dieser Art des Vollzuges komme bundesweit Modellcharakter zu. Die NRW-Justizministerin habe mit der speziellen Förderung junger Erwachsener eine qualitative „Duftmarke“ gesetzt. Gerade in der Altersgruppe, für die das Konzept erarbeitet worden sei, seien gute Chancen vorhanden, noch eine tragfähige Basis für ein künftig straffreies Leben zu legen und dies bedeute für die Gesellschaft einem Zugewinn an innerer Sicherheit.

*Oliver Buschmann*

## OV Bielefeld-Oberems

# Personallücke im Strafvollzug schließen!

**J**ahr für Jahr treffen sich die Pensionäre der JVA Bielefeld-Senne zu ihrer vorweihnachtlichen Zusammenkunft. Auf Einladung des OV-Vorsitzenden Thorsten Fohrmann waren die „Ruheständler“ aus ganz Ostwestfalen angereist und füllten das Veranstaltungsort bis auf den letzten Platz. Neben dem BSBD-Landeschef, Klaus Jäkel, konnte er den BSBD-Ehrenvorsitzenden Wilhelm Bokermann und den stellvertretenden Leiter der Vollzugseinrichtung, Friedhelm Sanker, begrüßen. Den Ausführungen von Thorsten Fohrmann und Klaus Jäkel, die einen kurzen Überblick über die vollzuglichen und gewerkschaftlichen Entwicklungen der zurückliegenden zwölf Monate gaben, folgten die Pensionäre mit besonderer Aufmerksamkeit, war es für sie doch überaus interessant, die vollzugliche Wirklichkeit der Gegenwart in Beziehung zum beruflichen Alltag früherer Jahre zu setzen.

Teilweise skeptisch und besorgt, teilweise optimistisch verfolgten die Teilnehmer die Ausführungen des Landesvorsitzenden **Klaus Jäkel**: „Die steigende Kriminalität führt dazu, dass der Strafvollzug auch künftig über Auslastungsprobleme nicht zu klagen braucht. Die Entwicklung des neuen Jugendstrafvollzugsgesetzes mit der konsequenten Umsetzung des Prinzips der Einzelunterbringung sowie die Personalvermehrung im Jugendvollzug haben sich durchaus positiv ausgewirkt. Im Bereich des Erwachsenenvollzuges häufen sich allerdings die Schwierigkeiten. Wohin man auch schaut: überall sind noch die Spuren der Mangelverwaltung erkennbar.“

Von der Landesregierung erwartet der Ge-

werkschafter den schrittweisen Abbau der in diesem Bereich klaffenden Personallücke von 1000 Stellen. Die Lage wird zudem eine Verschärfung dadurch erfahren, dass in den kommenden Jahren 2000 Kolleginnen und Kollegen die Altersgrenze erreichen und ersetzt werden müssen. „Die Landesregierung ist daher gut beraten“, so **Jäkel**, „sich frühzeitig auf diese Entwicklung einzustellen, um die Personaldecke des Vollzuges zu vergrößern“.

Wenn die Landesregierung sich allerdings in eine Lage manövriere, ein Loch mit dem anderen stopfen zu müssen, dann riskiere sie, die Qualität und Wirksamkeit des Vollzuges nachhaltig zu beschädigen, warnte der **BSBD-Chef**.

„Was der Strafvollzug jetzt braucht, ist ei-

ne sachgerechte Personalausstattung und eine Besoldungsstruktur, die die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen tatsächlich anerkennt. Ein Strafvollzug zum 'Biligtarif', wie er mit Hilfe privater Sicherheitsunternehmen in etlichen Bundesländern geplant wird, ist nicht die Lösung, sondern die Verschärfung des Problems“, berichtete der Gewerkschafter mit Sorge von Fehlentwicklungen, die Nordrhein-Westfalen ablehne.

**Klaus Jäkel** erinnerte die Pensionäre daran, **Rechtsmittel gegen die Höhe der Sonderzuwendung einzulegen**, wenn sie ihre Ansprüche aufrecht erhalten wollten. Im Erfolgsfall könne voraussichtlich nur der profitieren, der zuvor seine Ansprüche geltend gemacht habe. Im Verlauf der Ver-

anstaltung hatte der stv. Anstaltsleiter, **Friedhelm Sanker**, Gelegenheit, sich den Pensionären vorzustellen. Er berichtete, dass er bis zur Besetzung der Leitungsstelle den Status quo zu bewahren habe. Sollte eine kurzfristige Entscheidung nicht möglich sein, werde er sich darauf konzentrieren, die besonderen Stärken und Kernkompetenzen der Anstalt weiter auszubauen. Die JVA Bielefeld-Senne stellt nach Überzeugung **Sankers** den Strafgefangenen ein realistisches Übungsfeld zur Verfügung, um mit guter Aussicht auf Erfolg im ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können.

Anschließend nahmen **Hans Ebel** und **Klaus Jäkel** die Ehrung der Kollegen **Theo Westermann** und **Alfred Kubitz** für 50-jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Strafvollzug vor. Während **Alfred Kubitz** an einer Teilnahme gehindert war, wurde **Theo Westermann** mit Ehrenurkunde und Nadel des **BSBD** ausgezeichnet. **Hans Ebel** bedankte sich bei dem Jubilar für



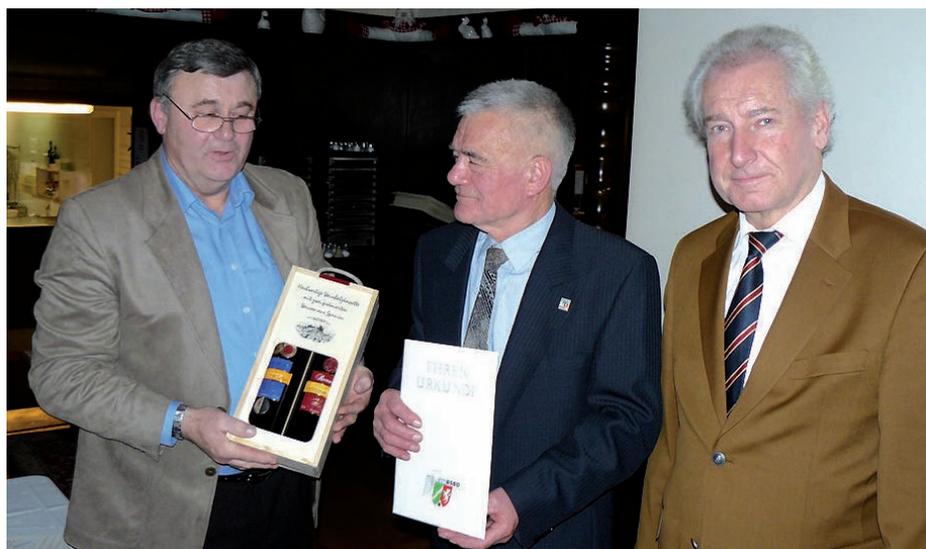
Die Fotos von der Exkursion in den Bayerischen Wald sorgen für interessante Unterhaltung und anregenden Gesprächsstoff.

dessen solidarisches Eintreten für die gemeinsame Sache. „Du, lieber Theo, gibst uns Jüngeren ein gutes Beispiel dafür,

dass die Bündelung gemeinsamer Interessen sich auszahlt, auch wenn man manchmal einen langen Atem braucht!“

Mittels einer Power-Point-Präsentation berichtete **Hans Ebel** über die letzte Pensionärsfahrt in den Bayerischen Wald. Das Besteigen des Arber, der höchsten Erhebung, die Drei-Flüsse-Fahrt, der Besuch von Klöstern und Wallfahrtskirchen sowie ein Orgelkonzert im Passauer Dom, boten kurzweilige Unterhaltung. Von sportlich bis besinnlich war für jeden Geschmack etwas dabei. Die zahlreichen Schnapschüsse von einer gelungenen Exkursion belebte die leicht verblasste Erinnerung und bot Anlass zu anregenden Gesprächen.

Die nächste Fahrt ist bereits geplant. Sie wird in die Region um den Bodensee führen und den Besuch von mindestens drei Ländern einbeziehen. Dem Vernehmen nach sollen die ersten Buchungen bereits während der Veranstaltung eingegangen sein. Bei bester Laune verlebten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einige harmonische Stunden bis in den späten Abend hinein.



Hans Ebel (li) und Klaus Jäkel (re) ehren Theo Westermann für 50jährige Zugehörigkeit zur BSBD-Familie.

## Heute schon gelacht?

Ein Mädchen geht am Strand spazieren. Plötzlich hört sie eine Stimme: „Hey, küss mich! Ich bin ein verwunschener Anwalt. Wenn du mich küsst, werde ich mich zurückverwandeln!“ Das Mädchen schaut in die Richtung, aus der die Stimme kam und erblickt einen Frosch. Sie nimmt den Frosch und legt ihn in ihre Handtasche.

Am Abend zeigt sie den Frosch einer Freundin. Der Frosch sagt wieder: „Los, küss mich! Du wirst es nicht bereuen!“ Das Mädchen packt ihn jedoch zurück in die Tasche. Als sie den Frosch einer weiteren Freundin zeigt, tönt dieser wiederum: „Warum küsst du mich nicht? Ich werde dich reich machen!“ Aber das Mädchen reagiert nicht und legt ihn zurück in ihre Handtasche. Während sie den Frosch einer dritten Freundin zeigt, ruft dieser sehr verärgert aus: „Vielleicht verstehst du mich nicht richtig, ich sagte, ich bin ein verzauberter Anwalt und wenn du mich küsst, mache ich dich reich!“ Darauf erwidert das Mädchen: „Warum sollte ich? Ein Anwalt ist nichts wert. Es gibt so viele davon. Aber ein sprechender Frosch ist einfach irre.“

Am Morgen, nachdem ein Anwalt unerwartet verschieden war, klingelt in seinem Büro das Telefon. „Ist Herr Meyer da?“ fragt die Mandantin am anderen Ende.

„Es tut mir sehr leid, aber Herr Meyer ist letzte Nacht verstorben“, antwortet die Sekretärin. „Ist Herr Meyer da?“ wiederholt die Anruferin. Die Sekretärin ist perplex. „Vielleicht haben Sie es nicht richtig verstanden, aber Herr Meyer ist verstorben!“ „Ist Herr Meyer da?“ fragt die Mandantin jedoch erneut. „Hören Sie, verstehen Sie nicht, was ich sage?“ erwidert die Sekretärin, „Herr Meyer ist tot!“ „Oh, ich verstehe Sie ausgezeichnet“, antwortet die Mandantin, „aber ich kann es einfach nicht oft genug hören!“

Der Professor sitzt in der Mensa und nimmt seine Mahlzeit ein. Ein Student setzt sich ungefragt ihm gegenüber. Etwas verärgert meint der Professor: „Also, seit wann essen Adler und Schwein am selben Tisch?“ Entgegnet der Student: „Okay, dann fliegt ich halt weiter...“

# Zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel!

## ■ Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wie schon in den Jahren zuvor möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, alle **BSBD**-Mitglieder herzlich zu grüßen. Ich verbinde diesen Gruß mit einem aufrichtigen Dank für Ihre Verbundenheit zur **Gewerkschaft Strafvollzug**. Nicht zuletzt der herausragende Erfolg bei den Personalratswahlen 2008 hat deutlich werden lassen, wie stark Sie sich mit Ihrer Fachgewerkschaft solidarisieren.

## ■ Weltwirtschaftskrise ist Herausforderung für die Gewerkschaftsarbeit

Die Zeiten des wirtschaftlichen Wachstums scheinen für mehrere Jahre vorbei zu sein. Weitreichende Einkommenseinbußen, Stillstand im Hinblick auf berufliche Entwicklungsmöglichkeiten sowie die Überführung öffentlicher Aufgaben in private Trägerschaft, kennzeichnen die Gesamtsituation des öffentlichen Dienstes. Der sensible Bereich des Strafvollzuges ist von solchen Entwicklungen leider nicht ausgenommen.

Was in den Jahren zu Beginn des Jahrzehnts zuvor an bedeutenden Erfolgen für die Beschäftigten im Strafvollzug erreicht werden konnte, lässt sich gegenwärtig in dem wünschenswerten Maße nicht fortentwickeln und fortschreiben. Der öffentliche Dienst hat mittlerweile Einkommenseinbußen und gravierende Einschnitte in seine Strukturen hinnehmen müssen, wie sie bei allem Verständnis für die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung, unzumutbar und auch unverträglich sind. Solche Entwicklungen bleiben nicht ohne Folgen auf die Arbeitsmotivation der Beschäftigten und damit auch auf die Leistungsstärke in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Eine solche Entwicklung wirkt sich auf zahlenmäßig kleine Gruppen innerhalb des öffentlichen Dienstes, wie sie u. a. im Strafvollzug anzutreffen sind, besonders nachteilig aus.

## ■ Wirtschaftsabschwung und Begrenzung der Neuverschuldung rechtfertigen keinen Stillstand im öffentlichen Dienst

Die von den Wirtschaftswissenschaftlern prognostizierte Rezession der Wirtschaft wird wieder zu einer steigenden Zahl von Arbeitslosen führen. Damit wird die Arbeitslosenquote wieder zu einem zentralen gesellschaftlichen Problem. Wegen der Notwendigkeit zum antizyklischen Agieren bietet sich damit die Möglichkeit, dem öffentlichen Dienst durch eine angemessene Erhöhung der Tarifgehälter, der Besoldung und der Versorgung ein Stück Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. In den zurückliegenden Jahren ist der öffentliche Dienst mit Blick auf das Erfordernis der Haushaltskonsolidierung zum Opfer einer ausufernden Sparpolitik geworden. Keine andere Bevölkerungsgruppe hat sich mit so hohen Beträgen an der Reduzierung der



Klaus Jäkel

Netto-Neuverschuldung beteiligen müssen.

Die Zeit der Bescheidenheit ist deshalb auch vorbei. Dieser Tage haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ihre Forderungen nach 8 Prozent mehr Lohn und Gehalt auf den Tisch gelegt. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage erwarten die Kolleginnen und Kollegen eine schnelle Einigung in einem Bereich deutlich oberhalb von 4 Prozent. Nur im Falle eines schnellen Tarifabschlusses könnten zusätzliche Belastungen des Wirtschaftswachstums durch Arbeitskämpfmaßnahmen vermieden und ein konjunkturstabilisierender Effekt erzielt werden.

## ■ Demontage des öffentlichen Dienstes hemmt Leistungsbereitschaft und Leistungseffektivität seiner Beschäftigten

Eine Politik, die den öffentlichen Dienst mit Blick auf die Personalkosten pauschal zum Sündenbock für politischen Stillstand abgestempelt hat und zum Teil aus populistischen Gründen nach Zurückdrängung der öffentlichen Verwaltung ruft, muss sich verheerend auf die Motivation und Leistungsfähigkeit der öffentlich Beschäftigten auswirken. Beklagenswert und unverantwortlich ist dabei der teilweise unseriöse Umgang mit Daten und Fakten des öffentlichen Dienstes. Immer noch erweisen sich die Personalkosten des öf-

fentlichen Dienstes für Politiker als „Rotes Tuch“, und zwar völlig losgelöst von den tatsächlichen Kosten. So wäre beispielsweise die Ausgabe von 2 Mio. Euro für den Ankauf externer Kompetenz zur Wahrnehmung einer Daueraufgabe kein Problem, während die Ausgabe von 1 Mio. Euro für die Schaffung von 20 Stellen zur Wahrnehmung derselben Aufgabe ein haushaltspolitisches Sakrileg darstellt. Hier muss die Politik dringend umdenken. Schließlich sollten die Aufgaben des Staates effektiv, aber auch kosteneffizient wahrgenommen werden. **Politische Dogmen hindern vielfach daran, den Nutzen des Landes zu mehren.**

## ■ Funktionstüchtiger Strafvollzug im erfolgreichen Kampf gegen steigende Kriminalität unverzichtbar

Eine steigende Kriminalität, insbesondere die organisierte Kriminalität, hohe Gefangenzahlen und neue Aufgabenzuweisungen an den Strafvollzug stellen sowohl die Sicherheitsbehörden, nicht weniger aber auch den Strafvollzug vor erhöhte Anforderungen. Obwohl die Politik diese grundlegende Veränderung im Strafvollzug erkannt hat, ist sie offenkundig noch nicht bereit, die sich daraus notwendigerweise ergebenden Konsequenzen (Personalvermehrung, Strukturverbesserungen in den Laufbahnen des Vollzuges) zu ziehen.

Bei allen politisch Verantwortlichen sollte sich die Einsicht Raum verschaffen, dass der Kampf gegen steigende Kriminalität nicht nur eine effiziente Polizei, sondern ebenso dringend einen wirksamen, funktionstüchtigen Strafvollzug erfordert. **So gesehen leistet auch der Strafvollzug mit seinen Beschäftigten einen wesentlichen Beitrag zur Inneren Sicherheit unserer Gesellschaft.** Was die Polizei angeht, so besteht allgemeiner Konsens darüber, dass im Hinblick auf die erhöhten Anforderungen auch die Laufbahnen dieser Berufsgruppe attraktiver auszugestalten sind.

Dabei kann und darf nicht übersehen werden, dass auch den Beschäftigten des Strafvollzuges bei vergleichbaren Anforderungen verbesserte Berufsperspektiven zubilligt werden müssen. Im Zuge der demnächst anstehenden Dienstrechtsreform erwartet der **BSBD** von der Politik ei-



Die JVA Hünfeld ist an den selbstgesteckten Zielen gescheitert!

ne angemessene Berücksichtigung der Interessen der Strafvollzugsbediensteten.

**Zauberformel „Privatisierung“ wird zum „Rohrkrepierer“**

Dem allgemeinen Trend folgend, halten politische Eiferer in etlichen Bundesländern wie eine Zauberformel die Privatisierungsidee für Teile des Strafvollzuges parat. Auch wenn am Beispiel der JVA Hünfeld (Hessen) zwischenzeitlich nachgewiesen ist, dass die erwarteten Einsparungen nicht erzielt werden konnten, halten die Protagonisten dieser Idee unvermindert daran fest, die Privatisierung sei eine preisgünstige Möglichkeit, anerkannte Personallücken im Vollzug zu schließen. Dabei scheint die Qualität des Vollzuges ebenso von nachrangiger Bedeutung zu sein, wie die Prüfung der rechtlich nicht unbedeutende Frage, ob und inwieweit hoheitliche Aufgaben grundsätzlich auf private Sicherheitsdienste übertragbar sind. Der BSBD hat in der Vergangenheit gesteigerten Wert darauf gelegt, dass durch eine verbesserte Ausbildung der Strafvollzugsbediensteten die Qualität und damit die

Effizienz des Vollzuges gesteigert wird. **Es kommt einem Ausverkauf des Strafvollzuges gleich, wenn nicht speziell für den Dienst ausgebildete private Sicherheitsdienste mit wichtigen Vollzugsaufgaben betraut werden und zumindest auf diesem Gebiet das Gewaltmonopol des Staates der gewinnorientierten unternehmerischen Dispositionsfreiheit unterworfen wird.**

Infiiziert von dem Virus der Privatisierung sind neben Hessen und Baden-Württemberg auch die Bundesländer Niedersachsen, Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. In Nordrhein-Westfalen bilden – Gott sei Dank – in dieser Hinsicht politischer Sachverstand und politische Weitsicht noch eine Bastion gegen den Angriff der politischen Privatisierer, die sich wie scharfe Denker verhalten und sich auch durch Tatsachen nicht beeindrucken lassen.

**Erfolge der BSBD-Gewerkschaftsarbeit weiter ausbauen**

Trotz erheblich schlechter werdender Rahmenbedingungen war die BSBD-Gewerk-

schaftsarbeit im Großen und Ganzen erfolgreich. So konnten für den Haushalt 2009 die Weichen für Strukturverbesserungen in den Laufbahnen des *allgemeinen Vollzugsdienstes* und des *Werkdienstes* gestellt werden. Voraussichtlich im kommenden Jahr wird die Überleitung der Spitzenfunktionen dieser Laufbahnen in großen Vollzugseinrichtungen nach BesGr A 11 BBesO realisiert werden können. Für den *mittleren Verwaltungsdienst* zeichnet sich die Verschmelzung mit dem allgemeinen Vollzugsdienst ab, was den Betroffenen zu verbesserten Berufsperspektiven verhelfen wird. Daneben werden die Vorarbeiten für eine Dienstrechtsreform auf der Agenda stehen. Dabei wird der BSBD dafür eintreten, dass das bisherige starre System der Laufbahngruppen überwunden, zumindest aber modifiziert wird. Ziel ist es, berufliche Karrieren im öffentlichen Dienst nicht überwiegend von der Einstiegsqualifikation abhängig zu machen. Der Kenntniserwerb durch berufliche Erfahrung, Fort- und Weiterbildung sollen vielmehr eine deutlich stärkere Gewichtung erhalten, um nicht von vornherein Laufbahnbarrieren einzuziehen, die später kaum übersprungen werden können.

**Laufbahngrenzen überspringen**

Der BSBD strebt eine gesetzliche Regelung an, die Potentiale der Kolleginnen und Kollegen besser als gegenwärtig für die Aufgabenerledigung zu nutzen, ihnen aber gleichzeitig die Perspektive zu verschaffen, das Kenntnisse und Kompetenzen, die während des beruflichen Schaffens erworben werden, das Überspringen der bisherigen Laufbahngrenzen ermöglichen.

Sollte dem **BSBD das Erreichen dieser Ziele gelingen, würden sich mit einem Schlag die strukturellen Schwierigkeiten in allen Laufbahnen des Strafvollzuges erledigen. Jeder wäre dann „seines (beruflichen) Glückes Schmied“. Die strukturellen Defizite, unter denen verstärkt die Laufbahnen des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes und des Sozialdienstes leiden, die Perspektivlosigkeit im psychologischen und pädagogischen Dienst würden der Vergangenheit angehören.**

Es bleibt zu hoffen, dass die Landeregierung dieses Reformwerk mutig auf den Weg bringt und sich nicht durch die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage abschrecken lässt. Die Dienstrechtsreform stellt die große Chance dar, den öffentlichen Dienst modern, leistungsorientiert und zukunftsweisend auszugestalten.

Packen wir's gemeinsam an und bleiben Sie an unserer Seite. Zur Erreichung der angestrebten Ziele wünsche ich uns allen Gesundheit, Kraft und Ausdauer, nicht weniger aber eine objektive, vorurteilsfreie und realistische Sicht für das jeweils Machbare.

Zu Weihnachten und zum neuen Jahr bin ich mit allen guten Wünschen für Sie persönlich und Ihre Familien

Ihr  
Klaus Jäkel



Verbesserte berufliche Entwicklungsmöglichkeiten werden durch Zusammenlegung der Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des mittleren Verwaltungsdienstes angestrebt.